

V1041/23

Bauinvestitionen: Planung und Prioritäten 2024 ff des Hochbau- und Tiefbauamtes sowie der Ingolstädter Kommunalbauten GmbH & Co. KG (INKoBau)
(Referenten: Herr Hoffmann, Herr Fleckinger, Herr Engert)

Antrag:

- 1.) Die Übersicht über die Bauinvestitionen (Anlagen 1 und 2) wird entsprechend den Ausführungen im Kurzvortrag zur Kenntnis genommen.
- 2.) Der vorgeschlagenen Bauinvestitionsplanung der städtischen Dienststellen und der INKoBau, soweit eine Abwicklung über den städtischen Haushalt erfolgt, wird entsprechend den Ausführungen im Kurzvortrag zugestimmt.
- 3.) Die Bauinvestitionsplanung ist eine der Grundlagen des zur Beschlussfassung vorzulegenden Haushaltsplans 2024 und der mittelfristigen Finanzplanung 2025 bis 2027. Die Verwaltung wird ermächtigt, erforderliche Änderungen in den Ansatzhöhen und deren Verteilung bis zur Beschlussfassung des Haushalts vorzunehmen, der gemeldete finanzielle Umfang sowie die Projekte bleiben davon unberührt.
- 4.) Ggfs. notwendige Änderungen in Beschlussvorlagen bezüglich des Terminrahmens und der Mittelbewirtschaftung der einzelnen Maßnahmen (Programm- und Projektgenehmigungen) werden durch diesen Beschluss ersetzt.

Ausschuss für Kultur und Bildung	21.11.2023	Vorberatung
Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Nachhaltigkeit	23.11.2023	Vorberatung
Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit	29.11.2023	Vorberatung
Stadtrat	12.12.2023	Entscheidung

Ausschuss für Kultur und Bildung vom 21.11.2023

Herr Hoffmann erklärt, wie schwierig es gewesen sei, die mit der Beschlussvorlage vorgelegte sogenannte „bunte Liste“ zu erstellen. Schließlich könne man entsprechend der vom Finanzreferat gemachten Vorgaben viele Bauvorhaben erstmal nicht wie geplant verwirklichen. Gerade im Bereich der Schulen habe man im Sommer diesen Jahres mit Hilfe des Stadtrates gerade erst das strategische Immobilienmanagement aus der Taufe gehoben und den Zustand der Schulbauten begutachtet. Anhand dessen wisse man nun, welche Arbeiten an den Schulgebäuden notwendig seien. Dabei sei vieles aufgefallen, das eigentlich gleichzeitig angegangen werden müsse, was die derzeitigen Rahmenbedingungen jedoch nicht zulassen würden. Die Verwaltung habe versucht, aus möglichst baufachlicher und schulbetrieblicher Sicht einen sinnvollen Vorschlag zu unterbreiten, über den man diskutieren könne. Der Schwerpunkt liege, wie man in der bunten Liste, speziell im dunkelgrünen Bereich, erkennen könne, auf den Schul- und Kitabauten. An der Christoph-

Kolumbus-Grundschule, der Lessing-Grundschule, Grundschule an der Münchener Straße, Grundschule Irgertsheim, Wilhelm-Ernst-Grundschule mit dem Feselenbau, Grundschule Haunwöhr-Hundszell, Mittelschule Südost und FOS/BOS würden derzeit Bauprojekte realisiert. Darüber hinaus kämen wohl noch die Kita Irgertsheim und die neue Interimsspielstätte dazu. Der Kern liege bei der Bildung, der Kultur und der Sicherheit. In den zweiten Bereich falle neben dem Interimstheater auch die Großbaustelle MKKD. Die Sanierung des Innenbereichs der Hauptfeuerwache, die dem Gebiet Sicherheit zuzuordnen sei, befinde sich derzeit in der Planungsphase. Des Weiteren brauche es ein neues, gemeinschaftlich genutztes Feuerwehrgerätehaus der Freiwilligen Feuerwehren Ringsee, Rothernturm und Unsernherrn. Damit schaffe man es gerade so, den vom Stadtrat beschlossenen Kreditrahmen von 350 Mio. Euro für die nächsten Jahre einzuhalten. Insgesamt sei die Liste in einen grünen, einen orangen und einen roten Teil gegliedert. Ersterer bedeute, dass man bereits in der Planung bzw. der Ausführung des Vorhabens sei und die Mittel dafür im Investitionshaushalt hinterlegt seien. Die orangene Kategorie signalisiere die Projekte, die bereits im lindgrünen Teil geplant würden, vor der Ausführung stünden, jedoch lediglich Planungsmittel und noch keine Mittel für die Umsetzung im Haushalt eingestellt seien. Diese Kategorie müsse man sich daher sehr genau ansehen. Der rote Teil der Liste beinhalte Projekte in einer Art Vorratsliste, die bisher weder genehmigt wurden, noch in irgendeiner Weise im Haushalt hinterlegt seien. Die Empfehlung sei deswegen, diese erstmal zurückgestellt zu lassen. Im dunkelgrünen Bereich der Liste könne man den Schwerpunkt genau erkennen. Einige Vorhaben seien in die Zukunft verschoben bzw. abgespeckt worden, da es nicht anders ginge, erklärt Herr Hoffmann und führt als Beispiel den Westbau des Reuchlin-Gymnasiums auf. Dieses Gebäude sei früher der naturwissenschaftliche Trakt gewesen, der in den letzten Jahren im Osten des Grundstücks bereits neu gebaut wurde. Als Alternative könnten im „alten“ Westtrakt mit relativ vernünftigem Aufwand die vorhandenen Einbauten aus den Fachklassenräumen entfernt werden. Dann wäre die Anzahl der Klassenzimmer fast die gleiche, die der Neubau beinhaltet hätte. Selbstverständlich sei ein Neubau später immer noch möglich, aber für einige Zeit erstmal zurückgestellt. Im Hauptbau des Reuchlin-Gymnasiums müssten außerdem aktuell noch die neuen Technikzentralen entstehen und auch sonst Anpassungen vorgenommen werden. Insgesamt bedeute das nicht, dass beim Reuchlin-Gymnasium ab sofort keine Kosten mehr anfallen würden, sondern der Kostenrahmen werde um 10 Mio. Euro reduziert. Herr Hoffmann kündigt eine ergänzende Projektgenehmigung für den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Nachhaltigkeit bzw. den Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit an. Der Spezialtiefbau des Gebäudes Ost sei deutlich teurer gewesen als ursprünglich veranschlagt. Die Sanierungen des Apian-Gymnasiums und des Katharinen-Gymnasiums sowie der Bau der Mittelschule Nordost habe man gezwungenermaßen zeitlich nach hinten verschieben müssen, da man ansonsten mit den finanziellen Gegebenheiten nicht hinkomme. Dies müsse noch nach außen kommuniziert werden. Hinsichtlich der Mittelschule Nordost sei man zwar dabei, das „Rosner Gelände“ zu erwerben, trotzdem würden die Schülerzahlen parallel steigen, weswegen schon jetzt ein Modulbau auf dem bisherigen Grundstück in Oberhaunstadt als Interimsgebäude errichtet werden müsse, der die Schüler bis 2028/29 gut aufnehmen könne. Dagegen werde die Friedrichshofener Mittelschule möglichst vorgezogen und zuerst gebaut. Die Generalsanierung des Technischen Rathauses werde sehr untergeordnet behandelt. Auf jeden Fall sollte hier die Sanierung des maroden Daches erfolgen, das auch wegen möglicherweise abrutschender Dachziegel ein Risiko darstelle. Im Zuge der Dachsanierung solle noch eine Photovoltaikanlage auf dem Dach errichtet werden, um etwas für die Umwelt und die Kostenbilanz beim Stromverbrauch zu tun. Infolgedessen könne auch das Gerüst von der Fassade abgebaut werden. Im Inneren des Technischen Rathauses werde nur das allernotwendigste, wie einige statische Dinge, räumliche Anpassungen oder die Schließanlage, angegangen. Die Schaffung der dritten Realschule wolle man auf einen Planungsbeginn im Jahr 2026 und einen Baubeginn in 2028 schieben. Gegründet werde die Schule in der bisherigen Wirtschaftsschule, welche dann in ihren Neubau neben der Mittelschule Südost ausgezogen sei. Auch die Schulschwimmbäder habe man schon beim strategischen Immobilienmanagement entsprechend klassifiziert und versuche nun aber den

Betrieb mithilfe von Bauunterhaltungsmitteln möglichst lange aufrechtzuerhalten. Garantieren könne man bei der alten Bausubstanz allerdings für nichts, so Herr Hoffmann. Voraussichtlich seien die circa 2 Millionen Euro, die in die Schulschwimmbäder gerichtet würden, verlorene Kosten. Wenn die Schwimmbäder aber dann nochmal einige Jahre halten würden, sei das Geld trotzdem gut angelegt. Schließlich sei ein Neubau oder eine Generalsanierung finanziell deutlich teurer und derzeit damit einfach nicht möglich.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll hofft, dass die Schulschwimmbäder so lange wie möglich betrieben werden, um einen verlässlichen Schwimmunterricht gewährleisten zu können. Dies hält sie für eine gute Idee. Nichtsdestotrotz sollte man sich beizeiten, wenn wieder genügend Mittel vorhanden seien, Gedanken über ein künftiges Konzept machen.

Stadtrat Dr. Schickel meint, dass es nichts schön zu reden gebe, sondern der Zustand an sich schlecht sei und er deswegen auf Missstände hinweisen wolle. Er sehe in der Liste zum Beispiel die finanzielle Planung eines neuen Gymnasiums nicht hinterlegt, was dringend notwendig sei. Nicht umsonst würde eine Abstimmung über die Schülerzahlen und die Schülerkapazitäten der einzelnen Schulen stattfinden. Dabei stelle man fest, dass die Ingolstädter Gymnasien sehr überlaufen seien und dieses Problem noch weiter zunehmen werde. Die Investition in die Schulschwimmbäder hält Stadtrat Dr. Schickel nicht für verlorene Kosten, denn jedes Kind, das schwimmen lerne, sei ein Gewinn. Im Jahr 2020 habe ein Kandidat der Oberbürgermeisterwahl Fotos einer Ingolstädter Schule öffentlich gepostet. Da sich seitdem nichts verändert habe, könnten diese Bilder 2026 wieder verwendet und veröffentlicht werden, kritisiert er.

Bezüglich der Situation der Gymnasien ergänzt Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll, dass man sich wirklich bemühe und Verhandlungen mit Pfaffenhofen führen würde. Die bunte Liste fungiere jedoch nur als Bauliste, die die Stadt Ingolstadt betreffe.

Herr Engert fügt zum Wortbeitrag seiner Vorredner hinzu, dass es diesbezüglich schon wiederholt Diskussionen gegeben habe. Der Stadtrat hatte bereits beschlossen, dem Zweckverband die Erweiterung des Gymnasiums Gaimersheim zu genehmigen. Ein Architekt sei auch schon gefunden und die Planung fortgeschritten. Das Gymnasium werde erweitert. Nach wie vor würden Gespräche mit dem Landkreis Pfaffenhofen bezüglich eines Zweckverbands-Gymnasiums stattfinden. Eine Entscheidung über den Standort, die ausschließlich der Landkreis Pfaffenhofen selbst treffen könne, weil er die Sitzgemeinde dieser Schule sein werde, sei jedoch noch nicht gefallen. Er betont, dass die Kapazitäten der Ingolstädter Gymnasien für die Ingolstädter Gymnasialschüler ausreichend seien. Zwar könnten unter Umständen keine Schüler aus den Landkreisen mehr aufgenommen werden, aber für die Schüler Ingolstadts würden die Plätze ausreichen. Und dies sei die Aufgabe der Stadt Ingolstadt.

Stadträtin Leininger betont, wie schwierig die Entscheidung aufgrund der derzeitigen Haushaltslage für den Stadtrat über die vorliegende Beschlussvorlage sei. Deswegen sei gerade die Vorberatung darüber und das Setzen von Prioritäten sehr wichtig. Sie betont, dass die Bildungseinrichtungen Vorrang hätten. Dass die Projekte für das Apian-Gymnasium, das Katharinen-Gymnasium und das Reuchlin-Gymnasium verschoben werden, bedauert sie. Für sie habe der Stadtrat und auch die Verwaltung den Auftrag zu informieren, was mit den Vorhaben weiter geschehe und wie sich die Situation in Zukunft weiterentwickle. Außerdem müsse dann auch entschieden werden und dafür besonders stark in eine äußerst transparente Kommunikation getreten werden. Sie erwartet eine Kommunikationsstrategie im Ganzen und auch für jede einzelne in der Liste aufgeführte Maßnahme eine kurze Begründung. Ingolstadt müsse ganzheitlich betrachtet werden, um zu sehen, an welchen Stellen am ehesten gespart, welche Projekte eher verschoben werden können und was zumutbar sei. Es sei klar, dass jede betroffene Schule oder Einrichtung diese Perspektive nicht habe und auch nicht einnehmen müsse. Sie seien für ihren eigenen Betrieb und deren Beschäftigte verantwortlich. Bei der problematischen Sommerhitze beim

Apian-Gymnasium müsse allerdings sofort reagiert werden. Solch ein Thema könne aufgrund des Bauinvestitionsprogramms nicht verschoben werden. Das bedeute, dass man für solch kleinere Maßnahmen offen und flexibel bleiben müsse. Auch die Eröffnung von Perspektiven hält Stadträtin Leininger für sehr wichtig. Jede einzelne aufgeführte Maßnahme müsse sich konkret angesehen und geprüft werden, damit auch die Glaubwürdigkeit, wie bedeutend die Projekte der Verwaltung und dem Stadtrat seien, nicht darunter leide. Bitter sei auch die Verschiebung der Mittelschule Nordost. Sie habe erst mit einem ehemaligen Schüler gesprochen, der jahrelang in Containern unterrichtet worden sei und berichtet habe, dass das Gefühl von Schule fehle. Positiv hebt sie hervor, dass man sich die Theatersanierung leisten könne. Jedes Jahr würden fast 1 Millionen Euro in den Unterhalt gesteckt werden, was auf Dauer eine große Belastung sei. Aber dieses Projekt könne nun angegangen werden.

Stadtrat Dr. Schuhmann gesteht, dass das möglicherweise eine der schwierigsten Entscheidungen seiner gesamten Stadtratslaufbahn sei. Schließlich müsse er mit definieren, was priorisiert oder zurückgestellt werde. Dazu komme noch der Zeitdruck. Die Kritik seitens Stadtrat Dr. Schickel als Schulleiter des Katharinen-Gymnasiums, könne er durchaus nachvollziehen. Er erinnert sich an das Apian-Gymnasium, das dreimal mit verschiedenen Variationen umgeplant worden sei, was auch zu Protesten bei den Eltern führte. Die Situation sei schwierig. In wahnsinnig kurzer Zeit sei damals das Zweckverbands Gymnasium Gaimersheim geschaffen worden. Dies sei ein gutes Beispiel, das eine Entscheidung und solch ein Projekt auch sehr schnell gehen könne. Im Falle des neuen Gymnasiums liege es jedoch nicht an der Stadt Ingolstadt. Stadtrat Dr. Schuhmann habe sich im letzten regionalen Planungsausschuss mit dem Landrat vom Pfaffenhofen unterhalten. Zwei verschiedene Standorte, einer in Baar-Ebenhausen und der andere in Manching, seien im Gespräch und fänden keine Einigung. Nur seitens der Stadt Ingolstadt könne noch ein gewisser Druck ausgeübt werden. Er stimmt Stadträtin Leininger hinsichtlich einer transparenten Kommunikation zu. Ihm stelle sich die Frage, ob mit allen Betroffenen Gespräche stattgefunden hätten und welche Rückmeldungen es von deren Seite aus gäbe. Wenn er sehe, wie viele Turnhallen verlängert werden sollen, dann sei die Situation ausgesprochen schwierig und er könne sich nicht vorstellen, dass dies technisch überhaupt möglich sei. Er stellt allerdings auch als erfreulich fest, wie viele Baumaßnahmen bereits fertig geplant seien. Den Schulbau angesichts der bereits festgelegten Riesensummen zu vernachlässigen, sei übertrieben. Tatsache sei aber auch, dass sich die Stadt hinsichtlich der Einwohnerzahl derartig rasant entwickelt habe, dass die Schulen im Blick auf die Schülerzahlen an ihren Grenzen angelangt seien. An dieser Stelle nun abzuwägen, was wichtiger sei und priorisiert werde, gestalte sich als sehr kompliziert. Er wünscht sich, so schnell wie möglich Rückmeldungen und Informationen zu bekommen, wie die Betroffenen reagiert hätten und ob es dazu Zustimmung gäbe. In der Fraktion seien gestern lange Gespräche über das Thema geführt worden. Er fragt an Herrn Hoffmann gewandt, ob Positionen innerhalb der Liste verschoben werden könnten. An Stadtrat Dr. Schickel gewandt meint er, dass Vorwürfe in dieser Situation nicht helfen würden. Die fast jahrzehntelangen Verzögerungen aus den verschiedensten Gründen würden die Stadt nun einholen. Wichtig sei auch, den Weitblick zu behalten und unerwartete Entwicklungen in der Schullandschaft in die Bewertung mit einzubeziehen.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll stimmt zu, dass man zu jeder einzelnen Position in der Liste eine kurze Begründung benötige, aus welchem Grund diese zurückgestellt oder priorisiert werden solle. Anschließend müsse mit den Betroffenen kommuniziert werden. Zeitlich sei dies jedoch kaum zu schaffen.

Die Entscheidung sei wirklich nicht leicht, bestätigt Herr Engert und führt weiter aus, dass zahlreiche Gesprächsrunden stattgefunden hätten, in denen man versucht habe, Lösungen zu finden und einen nachvollziehbaren Kostendeckel, der nun auf 53 Mio. Euro pro Jahr festgesetzt worden sei, festzulegen. Die Entscheidungsgrundlage dafür sei die Entwicklung der Schülerzahlen an gewissen Standorten gewesen, die zum Handeln zwingen würden. So

könne beispielsweise das Projekt zur Unsernherrner Schule nicht verschoben werden, da andernfalls die Gefahr drohe, Schüler nicht mehr beschulen zu können. Diese Vorhaben wurden dann priorisiert, erklärt Herr Engert. Als Beispiel führt er die Mittelschule Nordost auf, deren Pläne an einem durchgeführten Bürgerentscheid scheiterten. Infolgedessen habe sich solch ein zeitlicher Druck entwickelt, dass an der Oberhaunstädter Schule gezwungenermaßen ein großes Modulgebäude, welches unter Berücksichtigung der Entwicklung der Schülerzahlen bis zum Schuljahr 2029/2030 reichen sollte, errichtet werde. Deswegen könne man noch circa zwei Jahre mit dem Bau der Mittelschule Nordost warten. Abgesehen davon gebe es im Gegensatz zu anderen Standorten für das Vorhaben noch kein Grundstück. Hinsichtlich der neuen Realschule habe man immer kommuniziert, diese in das frei werdende Gebäude der Wirtschaftsschule hinein zu gründen. In der Liste seien für die Instandsetzung des Gebäudes 2 Millionen Euro festgesetzt, damit dieses entsprechend gut genutzt werden könne. Derzeit würden sich dort noch eine Realschule und die Wirtschaftsschule befinden, wodurch man an dieser Stelle noch eher ein Zeitfenster zum Verschieben eines Neubaus öffne. Das gehe an anderen Standorten leider nicht. Dies seien unter anderem die Grundlagen der Entscheidungen gewesen, die letztendlich zu der bunten Liste geführt hätten. Herr Engert betont, dass man sich sehr ausgiebig und mit zahlreichen Diskussionen überlegt habe, wie die beste Vorgehensweise zur Erstellung der Liste sei, wohlwissend, dass es sich dabei um schwerwiegende Entscheidungen handle.

Zuallererst habe man im Schul- und Kitabereich schauen müssen, wo die Erfordernisse lägen und an welcher Stelle Kinder beschult und betreut werden müssten, ergänzt Herr Hoffmann. Parallel sei es wichtig, darauf zu achten, sich nicht in Kleinigkeiten zu verlieren und am Ende das vorgegebene Einsparziel erreichen zu können. Es mussten Projekte sein, die auch die Gewähr dafür gaben, wirklich einzusparen. Gerne hätte man mit jedem Gespräche geführt, so Herr Hoffmann. Er sieht die Kommunikationsstrategie als einen ganz wertvollen und wichtigen Hinweis an, sich selbst zu überlegen, wie man mit den Betroffenen sprechen wolle. Alle in der Liste aufgeführten Projekte seien irgendwie wichtig und er könne es absolut nachvollziehen, wenn die Betroffenen aus deren Perspektive ihr Vorhaben als besonders bedeutend herausstellen würden. Deswegen habe man entschieden, das Ganze erst zu kommunizieren, wenn man einen entsprechenden Plan entwickelt habe. Es gebe keine starre Matrix. Stattdessen seien die Kriterien teilweise fließend, weswegen sich eine genaue Erläuterung schwierig gestalte. Herr Hoffmann weist auf das Theater hin, das mit einer Summe von 110 Millionen Euro immer noch Bestandteil der Liste sei. Die Höhe der Kosten sei aber deutlich geringer, als man annehmen könne. Natürlich könnte man für das Theater sehr viel mehr Geld ausgeben, aber die Kosten müssten gedeckelt werden, was man mit den 110 Millionen Euro gemacht habe. An Stadtrat Dr. Schuhmann gewandt, stellt er klar, dass der dunkelgrüne Bereich die sich in der Bauausführung befindenden Baumaßnahmen kennzeichne. Die Ballspielhalle Münchener Straße befände sich im grünen Block, da sie bereits fertig gebaut sei. Beim Reuchlin-Gymnasium handle es sich um ein Projekt mit drei Bauabschnitten, weshalb eine eventuelle Verschiebung möglich wäre. Es sei aber das einzige Vorhaben, bei dem dies machbar sei. Im Prinzip seien alle dunkelgrün markierten Projekte gesetzt und in der Bauausführung. Es sei nicht sinnvoll, diese nicht auch fertigzustellen.

Fakt sei, der Stadtrat habe einen Entschluss gefasst und man müsse sparen, stellt Stadträtin Hagn fest. Fakt sei auch, dass Entscheidungen gefällt werden müssten und man dazu eine entsprechende Entscheidungsgrundlage brauche. Die Liste sei hierfür ein erster Versuch. Als sich die Ausschussgemeinschaft FDP/JU gestern das erste Mal damit beschäftigt habe, sei festgestellt worden, dass man sich auf Grundlage der Vorlage und der Liste schertue, dem zuzustimmen und darüber zu entscheiden. Sie könne sich ihren Kollegen dabei nur anschließen. Ihnen habe die Berücksichtigung von Förderungen beziehungsweise welche Verschiebungen vielleicht förderschädlich seien, gefehlt. Stadträtin Hagn stellt die Frage, ob dies mit in die Priorisierung miteingeflossen sei. Des Weiteren interessiert sie, ob auch der Aspekt der Nachhaltigkeit berücksichtigt worden sei. Als Beispiel führt sie das Apian-Gymnasium auf, welches jedes Jahr enorme Energiekosten

verursache. Möglicherweise sei es nachhaltiger, die Sanierung jetzt anzugehen, als sie zu verschieben. Schließlich erspare man sich zukünftig hohe Kosten. Man habe sich extrem hohe Nachhaltigkeitsziele gesetzt. In der Stadt laufe gerade eine Kampagne zur Klimaneutralität 2035, die Stadträtin Hagn als sehr positiv herausstellt. Trotzdem fragt sie sich, wie sich das letztlich mit den Verschiebungen der Generalsanierungen vereinbaren lasse.

Herr Hoffmann teilt mit, dass er keine sofortige Zustimmung ohne kritische Würdigung zur Vorlage erwartet habe. Schließlich habe man sich bei der Erstellung der Liste schon nicht leichtgetan. Wenn das Geld endlich sei, müsse man diese Wünsche gezwungenermaßen in eine Reihenfolge bringen. Die Rückmeldungen aller Nutzer mit auf den Weg zu geben, werde man in diesem Sitzungslauf leider nicht schaffen. Auch in der Vorbereitung wäre dies aus zeitlichen Gründen und den gesteckten Terminzielen nicht möglich gewesen. Die Kommunikation mit den Betroffenen sei der nächste Schritt. Die Förderschädlichkeit sei durchaus untersucht und mitbedacht worden, antwortet er an seine Vorrednerin. So würden der Verwaltung keine Fördermittel entgehen, die man später nicht bekäme. Es sei regelmäßig so, dass man die FAG-Förderungen nutze, über die auch der Schulbau mitfinanziert werde. Wenn zum Beispiel beim Reuchlin-Gymnasium ein Bauabschnitt verschoben und damit später gebaut werde, könne eine neue Förderung eingereicht werden. Die Quadratmeterpreise, die man beim erstmaligen Förderantrag aufgerufen habe, seien um ein Vielfaches geringer, als die heutigen. Somit sei ein neuer Förderantrag sogar deutlich besser, da man heute pro Quadratmeter mehr bekomme. Wenn kein neuer Antrag gestellt werden würde, erhalte man die damals mit der Genehmigung zugesagte Förderung. Verlorene Förderungen gebe es, außer eventuell im Bereich der Nachhaltigkeit, bei dem möglicherweise nur derzeit ein Förderprogramm laufe, nicht. Herr Hoffmann geht aber fest davon aus, dass neue Förderprogramme aufgelegt werden würden und dass die Nachhaltigkeit in Zukunft noch mehr an Förderung zunehmen werde, als es bisher der Fall sei. Ansonsten würden die Bundesrepublik Deutschland, Bayern und die Stadt Ingolstadt ihre Ziele nicht erreichen, prognostiziert er. Hinsichtlich der Nachhaltigkeit führt er aus, dass es natürlich nachhaltiger und etwas kostengünstiger wäre, wenn die geplante Generalsanierung auch zu dem festgesetzten Zeitpunkt durchgeführt werden würde. Allerdings habe man die Summe nur überschlagen. Das wiege nicht das auf, was kurzfristig eingespart werden müsste. Die kurzfristigen Einsparungen müssten dem kurzfristigen Nutzen gegenübergestellt werden. Auf lange Sicht würde sich die Projekte durchaus amortisieren. Jedoch spreche man von einem Zeitraum der nächsten drei Jahre, in denen die Einsparungen erfolgen müssten, erklärt er.

Hinsichtlich der Gymnasien wolle Stadtrat Reibenspieß ein wenig Druck ausüben und bezieht sich auf die Aussage seitens Herrn Engert, dass man nochmal auf die Zahl der Schüler aus der Region, die man an Ingolstädter Schulen habe, verweisen müsse. Dass man die Schüler der umliegenden Landkreise Ingolstadt nicht mehr beschulen könne, weil man selbst den Bedarf habe und die Region sich zu wenig um den Bau neuer Schulen kümmere, sehe er nicht als Drohung. Das sei keine Option. So könnten zum Beispiel Schüler, die kurz vor dem Abschluss stünden, nicht von einem Schuljahr auf das andere in eine andere Schule versetzt werden. Nichtsdestotrotz müsse den Landkreisen aufgezeigt werden, dass sie eine größere Anzahl an Schülern aufnehmen zu haben. Schließlich würde Ingolstadt seine Kapazitäten selbst brauchen. Wenn man Schulen baue, gerate man immer wieder relativ schnell an die Kapazitätsgrenzen, sei Stadtrat Reibenspieß aufgefallen. Wenn neue Schulhausbauten realisiert werden, könnten eventuell schon zusätzliche Klassenzimmer, notfalls auch ohne Förderung, miteingeplant werden, sodass man einen gewissen Puffer habe, schlägt er vor. Schließlich würde Ingolstädters Einwohnerzahl stetig wachsen. An Herrn Fleckinger gewandt, fragt er, inwieweit sich die Haushaltskürzungen auf die sich in der Bauausführung befindlichen Schulen, eventuell auch deren Ausstattung, auswirken würden.

Herr Engert geht im Folgenden auf die Gymnasien ein und stellt klar, dass kein Schüler von solch einer Schule verwiesen werde. Es gehe um die Neuaufnahmen; darum, wie viele

Kinder die Gymnasien neu aufnehmen könnten und ob alle Schüler aus den Landkreisen, die sich melden würden, noch einen Platz bekämen, betont er. Die Landkreise müssten beim Schulbau entsprechend schnell vorankommen, wobei sich Eichstätt diesbezüglich sehr bemühe. Das Zweckverbands Gymnasium in Gaimersheim mache schnell Fortschritte. Schulräume zu bauen, die im Moment nicht benötigt würden, hält Herr Engert für ausgesprochen schwierig. Vor allem deshalb, weil man bereits relativ große Schulen baue. Diese Thematik sei schon verschiedentlich diskutiert worden. Dass die Mittelschulen, wie die Mittelschule Südost, Friedrichshofen oder Nordost noch größer sein sollen, um eventuelle Kapazitäten für die Zukunft zu schaffen, könne er sich nicht vorstellen. Wenn sich herausstellen sollte, dass die Schülerzahlen weiterwachsen würden, dann würden weitere Schulen benötigt werden. Aber die Größe der Schulen habe unter anderem auch aus pädagogischer Sicht eine Grenze.

Herr Fleckinger bestätigt Stadträtin Leininger, dass kleinere Maßnahmen weiterhin fortgeführt würden. Diese Maßnahmen würden dem Bauunterhalt im Verwaltungshaushalt zugerechnet werden. Auch hier werde man weiterhin alle erforderlichen Mittel, soweit die Maßnahmen organisatorisch umsetzbar seien, einsetzen. Weiter, so Herr Fleckinger, sei ein Kommunikationskonzept für alle Beteiligten geboten, um die entsprechenden Informationen setzen zu können. Zum Thema Einsparungen führt er aus, dass er die Thematik der Planansätze und deren Bewirtschaftung im Investitionshaushalt seit vielen Jahren begleite. Jedes Jahr würden im mittleren zweistelligen Millionenbereich Ausgabereste zur Übertragung in das nachfolgende Jahr angemeldet. Jahr um Jahr berichte man über den Verfahrensfortgang im Finanzlagebericht und versuche, punktschärfer zu werden und wirklich realisierbare Projekte abzubilden, damit nicht sämtliche Planvorhaben bzw. Zukunftsprojekte in der Liste angeführt würden, obgleich deren reale Umsetzung terminlich nicht möglich seien. Natürlich könne die Liste auf 450 Millionen Euro ausgeweitet werden, aber dies sei baulich nicht umsetzbar. Herr Hoffmann habe in der bunten Liste der besseren Transparenz wegen nun auch die Projektleitungen und die zuständigen eingeteilten Sachbearbeiter mit hinterlegt. Es handle sich hier um kein Sparprogramm, sondern was überhaupt mit der Unterstützung, zum Beispiel der INKoBau für bestimmte Sonderbauten, Feuerwehrhäuser, Stadttheater und dergleichen, noch umsetzbar sei. Wenn Herr Fleckinger an die letzten Ausgabereste im Hoch- und Tiefbaubereich denke, die zwischen 50 und 60 Millionen Euro lagen, die nicht verbaut worden seien und ins Nachfolgejahr gezogen wurden, weil die Planungsläufe mit Ausschreibungsverfahren und ähnlichem anstanden, dann handle es sich bei der Aufzählung hier um kein Sparprogramm, betont er. Sondern es sei ein Programm aller priorisierten und notwendigen Maßnahmen, bei denen darauf geachtet worden sei, an welcher Stelle der Bedarf am größten sei; finanziell und personell hinterlegt. Der interne Rahmen von 350 Millionen Euro werde knapp unterschritten. So seien 2 oder 3 Millionen Euro noch offen. Zugunsten des Hochbaus habe man aus dem Tiefbaubereich viele Millionen abgezogen und umgeschichtet, um die Maßnahmen, die auch personell hinterlegt seien, abarbeiten zu können. Auch bei sonstigen Bereichen im Investitionshaushalt habe man in der Mittelfristplanung bis zum Jahr 2027 Millionenbeträge herausgelöst, um diese notwendigen Maßnahmen dem Stadtrat vorlegen zu können. Die Kommunikation und Begründung sei das eine, aber die realistische Umsetzung das andere. Er sei davon überzeugt, dass in den nächsten Jahren möglicherweise zwar wieder Ausgabereste anfielen, jedoch nicht mehr in der besagten Höhe. Die Umsetzung sei zeitlich ambitioniert, meint er an Herrn Hoffmann gerichtet. Er bekräftigt nochmals, dass es für ihn kein hartes Sparprogramm darstelle. Schließlich habe man Investitionen in der Größenordnung von über 60 Millionen Euro jährlich, die als realistisch eingestuft werden, um umgesetzt werden zu können. Er verweist auf die Jahresrechnungsberichte. In den Jahren 2025 bis 2028 liege man zum Teil mit Ausgaberesten bei circa 32 Millionen Euro Durchsatz. Er bittet nochmals darum, diese Liste nicht als hartes Spar-, sondern als realistisches Programm anzusehen, welches über intensivste Diskussionen und Abstimmungsrunden mit sämtlichen Bereichen abgestimmt worden sei. An Stadtrat Reibenspieß gewandt erklärt Herr Fleckinger, dass begonnene Maßnahmen weiter umgesetzt, finanziert und abgewickelt werden. Man versuche mit der Zustimmung des Stadtrates bei unvorhergesehen

Kostenerhöhungen während der Bauausführung die Finanzmittel bereitzustellen. Er gibt Stadtrat Dr. Schuhmann recht, dass die Vorlage mit den Ausführungen der beiden Referenten Herrn Engert und Herrn Hoffmann noch ein wenig ergänzt werden sollte. Allerdings sei es an sich eine umsetzbare und runde Geschichte. Natürlich sei es schwierig, weil Prioritäten gesetzt werden müssten. Gegebenenfalls müsse nachgesteuert werden, wenn dies der Wunsch des Stadtrates sei, aber er selbst sehe weder in der Umsetzung, noch im Finanzrahmen große Spielräume.

Stadträtin Leininger bezieht sich auf das von Herrn Hoffmann verwendet Beispiel des Reuchlin-Gymnasiums, das verschoben werden könnte. In dem dortigen Bau West würden viele Dinge schon lange nicht mehr funktionieren. Die sogenannte Pinselsanierung sei an dieser Stelle falsch und führe zu nichts. Die Lehrer könnten in diesem Bau nicht störungsfrei unterrichten. So falle beispielsweise immer wieder das WLAN aus und auch der Computerraum im Keller funktioniere nicht einwandfrei. Deswegen sei es umso wichtiger, dass man sich bei diesen großen Posten nicht nur die Summen anschau, sondern auch die Gegebenheiten vor Ort. Schließlich müsse ohne Störungen unterrichtet werden können und es könne so nicht noch zehn Jahre weitergehen. Das müsse gewährleistet werden, betont sie. Für die größeren Bauprojekte der Liste benötige man bessere Argumente und Informationen, um entsprechend entscheiden zu können.

Das WLAN werde man so herstellen, dass es funktioniert, sagt Herr Hoffmann seiner Vorrednerin zu. Eine Pinselsanierung bedeute nicht, dass jemand mit dem Farbeimer komme und dort streiche, sondern es müssten auch Rückbauten passieren. Zum Beispiel würde das ansteigende Gestühl, das von den Fachräumen noch übrig sei, in der Weise nicht mehr benötigt. Dabei handle es sich nur um einen Holzeinbau auf einer glatten Betondecke, dessen Rückbau problemlos funktioniere. Des Weiteren müssten die Fenster einer Prüfung unterzogen werden, um zu sehen, ob diese noch dicht seien. Da befinde man sich jedoch eher im Bauunterhalt, der einen Sollzustand wiederherstelle. Er betont nochmals, dass man es zeitlich nicht schaffen werde, die gewünschte Kommunikation in diesem Sitzungslauf mit allen zu führen. Auch im Hochbauamt seien einige Stellen immer noch unbesetzt, informiert er. Insofern hätten diese erstmal besetzt werden müssen, um den ursprünglichen Umfang der Projekte abarbeiten zu können. Dies wäre eine große Herausforderung geworden.

Was jetzt als Investitionsprogramm in die Haushaltsbeschlussfassung im Februar Eingang finden wird und soll, sei der grün markierte Bereich der vorliegenden Liste, erklärt Herr Fleckinger. Dabei handle es sich um die Projekte, die sich bereits in der konkreten Planung oder Umsetzung befänden. Nur diese Bereiche würde man nun in dieser Summe in den Haushalt einstellen. Um Transparenz zu schaffen, solle die bunte Liste dem Haushalt als Anlage beigefügt werden. Mögliche Abstimmungen zu Planungsveränderungen oder Verschiebungen für die nächsten Haushaltsjahre könnten im Laufe des Jahres 2024 noch vorgenommen werden. Das heiße, dass die gelb und rot gesetzten Bereiche der Liste keinen Eingang in die Haushaltsbeschlussfassung fänden. Insoweit bestünden durchaus Nachbereitungsmöglichkeiten; auch in der Kommunikation. Was mal in der Liste stehe und veröffentlicht sei, werde immer zur Diskussion führen, aber das Investitionsprogramm sei der grüne Bereich. Dieser werde dem Stadtrat zur Beschlussfassung im Februar vorgelegt werden. Für die Verwaltung sei wichtig, seitens des Stadtrates ein Signal zu bekommen, was in den Haushalt eingestellt werden könne und in welche Richtung man weiterarbeiten solle, bittet Herr Fleckinger. Der Rest könne dann in den nächsten Monaten im Jahr 2024 weiter diskutiert und abgestimmt werden. Dann herrsche auch weniger Zeitdruck. Bis dahin gebe es jedoch noch einige festgesetzte Termine. Im Dezember, spätestens im Januar 2024, müssten alle Zahlen vorgelegt werden, damit diese in der Kämmerei weiter verarbeitet und der Haushalt aufgestellt werden könne. Der Stadtrat habe einen Vorlauf von mindestens zwei Fraktionssitzungen zur Beratung des Haushalts und die Verwaltung habe Urlaubszeiten und fahre jetzt schon Sonderschichten. Auch die anderen Referate seien immer noch dabei, die Einsparvorschläge von circa 10 Millionen Euro, vorzubereiten. Infolge der genannten

Gründe bestehe ein enormer zeitlicher Druck. Wenn die Termine nicht eingehalten werden können, gebe es im Februar auch keinen Haushalt.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll denkt, dass die grün gesetzten Themen, die unstrittigen seien und beschlossen werden könnten. Die anderen Projekte könnten noch im Einzelnen diskutiert werden.

Der Antrag der Verwaltung wird zur Beratung zurück in die Fraktionen gegeben.